

Unsere schöne imperiale Lebensweise

Wie das westliche Konsummodell den Planeten ruiniert

Von Markus Wissen und Ulrich Brand

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift „The Atlantic Monthly“ ein Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan mit dem Titel „Die kommende Anarchie“.¹ Am Beispiel von Westafrika widmet sich der Autor darin der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten unterentwickelten Welt und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird noch gesteigert durch die drastisch-suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlichen Mega-Cities, von Slums und verschmutzten Flüssen, von Kindersoldaten und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, „Überbevölkerung“ und ökologischer Zerstörung.

Mit seinem Beitrag will Kaplan nicht auf das Leid von Menschen hinweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachspüren. Es geht ihm vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von „kulturell“ und religiös motivierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Den ökologischen Problemen in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung bei: „Es ist an der Zeit, ‚die Umwelt‘ als das zu begreifen, was sie ist: die nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Mee-

* Dieser Beitrag basiert auf dem neuen Buch der Autoren „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“, das jüngst im Oekom-Verlag erschienen ist.

1 Robert D. Kaplan, The coming anarchy, in: „The Atlantic Monthly“, 2/1994, S. 44-77.

resspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nil-Delta und Bangladesch stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden. Denn diese Entwicklungen werden zu massenhafter Migration führen und Gruppenkonflikte anheizen.“²

Der Klimawandel als Frage nationaler Sicherheit

Gut 20 Jahre nach Erscheinen von Kaplans Artikel überbieten sich europäische Politiker bei der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not oder dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, „Schicksalsgemeinschaften“ beschworen und „Obergrenzen“ eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas einander in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren. Damit will sie anscheinend der von Kaplan imaginierten Bedrohung nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch supranationaler – Ordnung geschlossen und mit aller Macht entgegentreten.³

Daneben zeigt sich in der Situation des Jahres 2017 noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die Europa zu erreichen versuchen, scheinen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: Steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau berauben sie der Möglichkeit, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrien-Krieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotential vergrößerte.⁴

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also im Jahr 2017 zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe mit. Wenn „die Umwelt“ zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem „die Umwelt“ besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren. Und sich zu eben diesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten.

Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legimitation und Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge

2 Robert D. Kaplan, *The coming anarchy*, a.a.O., S. 58

3 Vgl. Zygmunt Baumann, *Die Welt in Panik. Wie die Angst vor Migranten geschürt wird*, in: „Blätter“, 10/2016, 41-50.

4 Siehe hierzu die differenzierte Einschätzung von Andreas Frey in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, 22.2.2016.

ausschweigen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die „Knappheit“ natürlicher Ressourcen und „den Klimawandel“ zur Flucht getrieben. Stattdessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Teller- rand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Wohlstand auf Kosten anderer

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter Ethnien im Kongo etwa zeigt sich der Bedarf des globalen Nordens an Coltan-Erzen, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – erweisen sich als das Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen, wie sie von agrar- industriellen Unternehmen des globalen Nordens betrieben wird – im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens. Und schließlich gerät als eine Ursache der – mangels anerkannter Flucht- gründe oft als „illegal“ gebrandmarkten – Migration afrikanischer Klein- bauern nach Europa die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hochsubventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.⁵

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik präsentiert sich als Versuch, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche eben dieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zu Nutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren: Diese Externalisierung nimmt die Gestalt von CO₂ an, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Öko- systemen der Südhalbkugel absorbiert wird (bzw. sich in der Atmosphäre konzentriert). Sie tritt in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem glo- balen Süden auf, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und „Industrie 4.0“ im globalen Norden darstellen. Sie zeigt sich aber auch in Gestalt jener Arbeitskräfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektro- schrotts oder beim Schufften auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im

5 Vgl. etwa Dorothea Schmidt und Sandra Sieron, Editorial: Ökonomie der Flucht und der Migration, in: PROKLA, 2/ 2016, S. 172-180; Kristina Dietz, Der Klimawandel als Demokratiefra ge. Sozial-öko- logische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania, Münster 2011.

globalen Norden verzehrten „Südfrüchte“ hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.⁶

Die imperiale Lebensweise

Eine Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise einschließt, ist *imperial*. Das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wird wesentlich durch die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht. Das geschieht durch den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und Senken im globalen Maßstab.⁷ Entscheidend für das Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhältnis zur Natur gestalten. Dies wiederum ist grundlegend dafür, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist. Umgekehrt strukturiert die imperiale Lebensweise im globalen Norden die Gesellschaften an anderen Orten in hierarchischer Weise entscheidend mit.

Der Ausdruck „andernorts“ ist in seiner Unbestimmtheit durchaus bewusst gewählt. In Haushaltsgeräten, medizinischen Apparaten oder Infrastrukturen des Transports sowie der Wasser- und der Energieversorgung stecken Rohstoffe, deren Herkunft nicht sichtbar ist. Das gleiche gilt für die Arbeitsbedingungen, unter denen diese Rohstoffe ausgebeutet oder Textilien und Lebensmittel hergestellt werden. Und es trifft auch auf den Energieaufwand zu, der dafür erforderlich ist. All dies bleibt beim Kauf, beim Konsum und bei der Nutzung vieler notwendiger Alltagsgegenstände verborgen – dazu gehören auch die „kulturellen Lebensmittel“ wie Print- oder digitale Medien. Nur aufgrund dieser unsichtbaren sozialen und ökologischen Voraussetzungen können diese Produkte überhaupt so selbstverständlich gekauft und genutzt werden.

Der Agrarsoziologe Philip McMichael spricht von „Food from nowhere“ – Essen aus dem Nirgendwo – und meint das Verdunkeln der Herkunft und Produktion von Lebensmitteln, mit der ihre raumzeitlich unbegrenzte Verfügbarkeit normalisiert wird.⁸ Erdbeeren aus China, die im Winter in deutschen Schulküchen angeboten werden, Tomaten, die illegalisierte Migranten in Andalusien für den nordeuropäischen Markt produzieren, und Garnelen, die unter Zerstörung thailändischer oder ecuadorianischer Mangrovenwä-

6 Vgl. Stephan Lessenich, „Weil wir es uns leisten können“. Wie und warum wir über die Verhältnisse anderer leben, in: „Blätter“, 11/2016, S. 91-102.

7 Senken sind jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO₂). Allerdings wären die Begriffe „Ressourcen“ und „Senken“ weiter zu problematisieren, denn sie beinhalten bereits terminologisch ein instrumentelles Verständnis der äußeren Natur des Menschen: Ressourcen und Senken existieren nicht *per se*, sondern nur in Bezug auf bestimmte und historisch wandelbare gesellschaftliche Bedürfnisse.

8 Philip McMichael, The World Food Crisis in Historical Perspective, in: „Monthly Review“, 3/2009.

der für die Konsumenten im globalen Norden gezüchtet werden, sind Beispiele hierfür.

Die imperiale Lebensweise beruht auf Produktions-, Vertriebs- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praktiken der Bevölkerung im globalen Norden – und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens – eingelassen sind. Gemeint sind nicht nur die materiellen Praktiken, sondern insbesondere die sie ermöglichenden strukturellen Bedingungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Leitbilder und Diskurse. Zugespitzt formuliert: Die Standards des „guten“ und „richtigen“ Lebens, das ja vielfach aus der imperialen Lebensweise besteht, werden im Alltag geprägt, auch wenn sie dabei Teil umfassender gesellschaftlicher Verhältnisse und insbesondere von materiellen und sozialen Infrastrukturen sind.⁹

Der Kauf eines Autos ist beispielsweise eine bewusste Handlung, die sich in infrastrukturell, institutionell oder von gesellschaftlichen Leitbildern vorgegebenen und habituell verinnerlichten Bahnen vollzieht. So beeinflussen zahlreiche überindividuelle und den Individuen nicht notwendigerweise bewusste Faktoren die Kaufentscheidung. Dazu gehören ein zu Lasten des öffentlichen Personentransports ausgebautes Straßennetz und staatliche Kauf- und Nutzungsanreize für PKW, aber auch vorherrschende Männlichkeitsbilder und Vorstellungen individueller Unabhängigkeit. Ebenso wichtig sind Wertschöpfungsketten, die eine billige Aneignung von Ressourcen und Arbeitskräften andernorts ermöglichen sowie laxer Abgasnormen und eine gesellschaftliche Statuskonkurrenz, die auch über den Autobesitz ausgetragen wird. All diese Faktoren verleihen der Entscheidung fürs Auto erst ihre „Rationalität“ und lassen sie normal erscheinen. Sie bringen aber auch die Herrschaft begründenden und reproduzierenden Voraussetzungen, unter denen sie getroffen wird, gegebenenfalls auch ihre Gewaltförmigkeit, zum Verschwinden.

Die Abwälzung der Kosten

Demgegenüber gilt es, sichtbar zu machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden überhaupt erst ermöglicht. Das geschieht meist, ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Denn Normalität ergibt sich gerade, wenn die ihr zugrundeliegende Zerstörung ausgeblendet wird. Mit anderen Worten: Die Alltagspraktiken sowie die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse erzeugen und verstetigen die Herrschaft über Mensch und Natur.

Folglich müssen wir erklären, wie und warum sich so etwas Normalität herstellt – in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen häufen, zuspitzen

9 Dieter Kramer, *Konsumwelten des Alltags und die Krise der Wachstumsgesellschaft*, Marburg 2016, S. 29.

und überlagern: Das betrifft die soziale Reproduktion und die Ökologie, es gilt für Wirtschaft und Finanzen, aber auch für Geopolitik, europäische Integration und Demokratie. Um diesen Widerspruch zu verstehen, ist die imperiale Lebensweise zentral. Denn bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Zentrum verschiedenster Krisenphänomene steht: Sie wirkt einerseits in vielen Teilen der Welt verschärfend auf den Klimawandel und die Vernichtung von Ökosystemen, auf die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen und die Zerstörung lokaler Ökonomien oder auf die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Andererseits trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und eben deshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu gewährleisten.

Folglich werfen die gegenwärtigen Krisen und Konflikte ein grelles Licht auf die Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise. Viele Probleme spitzen sich heute auch deshalb derart krisenhaft zu, weil sich die imperiale Lebensweise derzeit zu Tode siegt. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie im globalen Maßstab immer den überproportionalen Zugriff auf Natur und Arbeitskraft, mit anderen Worten: auf ein „Außen“. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind bzw. je mehr sie selbst darauf *angewiesen* sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

Und genau das ist derzeit der Fall. Im selben Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich „nördliche“ Vorstellungen und Praktiken des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und die Notwendigkeit, Kosten etwa in Gestalt von CO₂ zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen. Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens zerstören zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der

Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie vermag sich nur so lange zu erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die Vertreter dieser Politik, die sich in der Regel selbst als „bürgerliche Mitte“ etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren „bürgerlichen“ Konkurrenten vermögen sie ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie *gleichzeitig* aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit. Nora Räthzel hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er-Jahre artikuliert, treffend als „rebellierende Selbstunterwerfung“ bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei ermöglicht, „sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind“.¹⁰

Unhaltbare Produktions- und Konsumnormen

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann müssen die Anforderungen an eine Alternative radikaler formuliert werden, als dies im Mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht nicht mehr, eine „grüne Revolution“¹¹ oder einen neuen „Gesellschaftsvertrag“¹² einzufordern. Denn dies lässt, der starken Rhetorik zum Trotz, die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangetastet. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit darauf zu setzen, dass „die Politik“ aus der unabweisbaren, da wissenschaftlich immer genauer belegten Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht. Denn damit übersieht man, dass der Staat kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentlicher Garant für die institutionelle Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

Stattdessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise als deutlichen Hinweis auf ein grundsätzlicheres Problem anzuerkennen: Die Produk-

10 Nora Räthzel, *Rebellierende Selbstunterwerfung*. Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus, in: „links“, 12/1991, S. 25. Vgl. auch Christoph Butterwegge, *Stolz auf den „Wirtschaftsstandort D“*, in: „taz“, 1.8.2016.

11 Ralf Fücks, *Intelligent wachsen*. Die grüne Revolution, München 2013.

12 WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin 2011.

tions- und Konsumnormen des globalen Nordens, die sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, lassen sich selbst in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten – und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzenden Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Anhäufung der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Darauf antworten wiederum vielfältige Alternativen. Diese gilt es auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit steigernden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umrisse einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne demokratisch ist? Das wäre eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken. Und nur ein solches gesellschaftliches Ordnungsprinzip ist eine angemessene Antwort auf die unhaltbar gewordene imperiale Lebensweise.